

Vom Reisen zum Handeln

GEW-Studis setzten sich in Berlin mit der Kritischen Psychologie auseinander

Vom 16.-20.09.2014 fuhren vier GEW-Studis nach Berlin, um an der Freien Universität Berlin an der „Ferienuni Kritische Psychologie – den Gegenstrom schwimmen“ teilzunehmen. Seit Juli 2013 gibt es bei den GEW-Studis Hamburg einen Lesekreis, der sich mit dem Thema der Kritischen Psychologie befasst. Aktuell wird dort die „Einführung in die Kritische Psychologie“ von Morus Markard gelesen und diskutiert.

Die Kritische Psychologie ist eine Strömung, welche sich ab Ende der 1960er Jahre in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um Psychologie und Pädagogik entwickelte. Als bekannteste Vertreter_innen und Begründer_innen der Kritischen Psychologie gelten Ute Holzkamp-Osterkamp und Klaus Holzkamp, welche beide in den 1970er Jahren am Institut für Psychologie der FU Berlin tätig waren. Als Grundlage der Kritischen Psychologie kann die „Grundlegung der Psychologie“ von Klaus Holzkamp gesehen werden. In seinem Buch versucht Holzkamp darzustellen, wie Menschen und die bürgerliche Gesellschaft so geworden sind, wie sie sind und beschreibt eine Entwicklung von der Amöbe bis zum Spätkapitalismus der 1970er Jahre.

Im Gegensatz zur traditionellen und bürgerlichen Psychologie, wie z.B. im Behaviorismus, versucht die Kritische Psychologie die Subjekte im Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer historischen Gewordenheit zu betrachten

und verhält sich kritisch zu naturwissenschaftlich orientierten Psychologieschulen und Experimenten der Mainstream-Psychologie. Ausgehend von einer marxistischen Gesellschaftsanalyse und philosophischen Denkansätzen wird in der Kritischen Psychologie das Subjekt in den Mittelpunkt gesetzt und analysiert, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse auf das Subjekt auswirken, gleichzeitig aber auch wieder von ihm reproduziert oder infrage gestellt werden. Ein zentrales Moment in der Kritischen Psychologie beschreibt die Handlungsfähigkeit von Subjekten. Dies bedeutet, dass es immer eine doppelte Möglichkeit zum Handeln gibt. Diese kann allerdings unter gegebenen gesellschaftlichen wie auch indivi-

*„Handlungsfähigkeit,
welche immer
herrschaftskritisch sein
muss.“*

duellen Verhältnissen stark eingeschränkt sein. Das *restriktive Handeln* bezeichnet das Handeln unter gegebenen Bedingungen, welches vor allem individuelle Bedürfnisse befriedigt und herrschaftsstabilisierend wirkt. Als zweite Möglichkeit sieht die Kritische Psychologie die *verallgemeinerbare Handlungsfähigkeit*, welche auf die gemeinsame Veränderung der Lebenssituation und die Bedürfnisbefriedigung aller ausgerichtet ist und deswegen immer herrschaftskritisch sein muss.

Die Kritische Psychologie versucht gemeinsam mit den Beforschten zu untersuchen, welche Gründe und Bedingungen Handeln beeinflussen. Dadurch werden Beforschte zu Mitforschenden und das hierarchische Verhältnis von Forschenden und Beforschten aufgehoben.

Die Ferienuni wird alle zwei Jahre von einem Bündnis diverser Initiativen, Arbeits- und Lesekreisen zum Thema organisiert. An den fünf Tagen gab es insgesamt 87 Veranstaltungen zu verschiedenen Themen der kritisch psychologischen Theorie und Praxis. Unser Fokus lag dabei auf den marxistischen Grundlagen der Kritischen Psychologie, ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur Psychoanalyse, Feministischen Perspektiven bezogen auf die Kritische Psychologie sowie der Vernetzung mit anderen Strukturen und Lesekreisen zum Thema sowie mit Personen, die in ihrer wissenschaftlichen, pädagogischen oder psychologischen Praxis nach den Theorien der Kritischen Psychologie handeln.

Gerade die Auseinandersetzung mit der Theorie des Lernens im Kontext der Kritischen Psychologie bietet die Möglichkeit einer kritischen Analyse aktueller Lehr-Lernprozesse wie sie in schulischen und außerschulischen Bildungskontexten stattfinden und die Möglichkeit zum Nachdenken über Alternativen.

GESA MÜLLER,
RONJA HEINELT,
TOBIAS WOLLBORN
für die GEW Studis

Wicht der Worte

Ekkehard Wysocki gewinnt als Gast bei der DGB-Jugend keine Sympathie

Dass der Vorsitzende des Innenausschusses des Hamburger Senats Ekkehard Wysocki Berufspolitiker (SPD) ist und zuvor Beschäftigter einer Versicherung war, war beim vergangenen Treffen der DGB-Jugend Hamburg nicht zu überhören. Überheblich und belehrend und zugleich inhaltsschwach wich er kritischen Fragen unsererseits aus und beschränkte sich auf Phrasen und Wortklauberei – wobei die Definitionsmacht sämtlicher Begriffe selbstverständlich er innehatte.

Hintergrund des Treffens zwischen DGB-Jugend und Wysocki war die im März 2014 an mehrere Abgeordnete des Hamburger Senats verschickte Stellungnahme, in der die Kriminalisierung politischer Proteste um die Gruppe Lampedusa in Hamburg, Esso-Häuser, Rote Flora und anderer politische Konflikte der Stadt durch den Hamburger Senat kritisiert wurde. Wysocki reagierte auf diesen Brief dann weniger rhetorisch geschickt denn mehr pöbelnd und behauptete in einem Zweizeiler, Gesprächsbereitschaft unsererseits bestünde ohnehin nicht. Daraufhin wurde er zu einem Treffen eingeladen.

Zunächst interessierte uns, was Wysocki denn zu seiner aufgebrauchten Mail verleitet hatte. Insbesondere habe ihn der Satz „Doch der Hamburger Senat bleibt stur, kriminalisiert die Proteste und fährt seine Hardliner-Politik fort“ gestört, denn Repressionen seitens des Senats könne er nicht erkennen. Versuche, ihm zu erläutern, wo ohne große Anstrengung repressive Elemente der Senatspolitik – insbesondere im vergangenen Winter – zu erkennen seien, scheiterten vergeblich, was jedoch

wenig erstaunlich war, machte Wysocki doch von Anfang an nicht den Eindruck, als interessiere er sich für eine andere Sicht der Dinge als die seine. Um diese darzulegen, scheute er dann auch keine Mühe, unterbrach trotz Rednerinnenliste, bezichtigte uns der Uninformiertheit und warf mit haarstäubenden Beispielen und populistischen Behauptungen, insbesondere in Bezug auf die Gruppe Lampedusa in Hamburg, um sich, die an dieser Stelle keine Plattform bekommen sollen.

Nach zwei Stunden war der Spuk endlich vorbei, Wysocki verschwand und wir versuchten, uns den Mist, den wir uns hatten anhören müssen, nicht zu nah gehen zu lassen. Es wurde noch ein wenig darüber sinniert, wie Wysocki selbst sich denn jetzt so fühle und vermutet, dass er selbstzufrieden ins traute Rahlstedt brausen würde, um seinen Kindern zu verbieten, einer Gewerkschaftsjugend beizutreten. Amüsant mag seine selbstgerechte Performance auf der einen Seite ja gewesen sein, jedoch hat die Politik, die er so vehement als rechtsstaatlich und sachlogisch verteidigte, fatale Auswirkungen auf die reale Lebenssituation von Menschen – auch wenn Wysocki in diesen Dingen offensichtlich der Maßstab fehlt, wenn er das Beantragen von Asyl mit dem Beantragen von einer Erholungs-



Ekkehard Wysocki (SPD) bleibt beim Vermitteln der Hamburger Flüchtlingspolitik erfolglos

kur für Beamte vergleicht.

So frustrierend und nervenaufreibend dieses Gespräch auch war, hat es zumindest den positiven Effekt, dass wohl nun auch die letzten Sympathien der Anwesenden für die Politik des Hamburger Senats verschwunden sind. Es bleibt uns also weiterhin nichts anderes übrig, als – um es mit Klaus Holzkamp zu sagen (s. Ferienuni-Artikel¹) – selbst um die Aneignung der kollektiven Verfügung über die relevanten gesellschaftlichen Lebensverhältnisse zu kämpfen und den Hamburger Senat dabei kritisch im Auge zu behalten!

TOBIAS WOLLBORN

¹ Klaus Holzkamp (1984): Zum Verhältnis zwischen gesamtgesellschaftlichem Prozeß und individuellem Lebensprozeß (Online unter: <http://www.kritische-psychologie.de/files/kh1984a.pdf>)

Kein Raum für Fremdenangst

Gegen nationalistische Parolen der AfD ist frühzeitig solidarisches Handeln gefordert

Spätestens seit der letzten Bundestagswahl ist die AfD in aller Munde. Nach dem 2013 knapp verpassten Einzug in den Bundestag, hat die Partei 2014 bei allen Wahlen den Sprung ins Parlament geschafft und ist mittlerweile in Brandenburg, Sachsen, Thüringen sowie im Europaparlament vertreten. Mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2015 hofft die AfD erstmals auch in ein westdeutsches Parlament einziehen zu können.

Die Partei, die sich selbst als demokratische Alternative zu den übrigen Parteien gibt, stellt bei genauerer Betrachtung eine ernstzunehmende Gefahr für ein demokratisches und solidarisches Miteinander dar. So hetzt sie – teilweise wortgleich mit der NPD – gegen vermeintliche Ar-

beitsmigrant_innen, vertritt ein reaktionäres Geschlechterbild, baut auf eine nationale Variante des Neoliberalismus und setzt sich auch personell zum Teil aus Kadern der extremen Rechten zusammen.

Die AfD ist Sinnbild eines fortschreitenden Rechtsrucks der Gesellschaft und droht diesen weiter zu verschärfen. Dies kann auch eine Rechtsverschiebung der Parteienlandschaft insgesamt begünstigen. So setzen auch andere Parteien (vermehrt) auf rassistische Statements, um ihre Wähler_innen nicht an die AfD zu verlieren. Durch den Einzug in die Parlamente gewinnen die nationalistischen und marktradikalen Positionen der AfD zudem weitere gesellschaftliche Akzeptanz und schaffen neuen Nährboden unter anderem für rassisti-

sche Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten, wie sie dieses Jahr schon zigfach stattgefunden haben.

Die Schillpartei, die bei den Hamburger Wahlen 2001 aus dem Stand 19,4 Prozent erzielte und somit die Hamburger Politik der folgende Jahre maßgeblich mitbestimmte, hat bewiesen, dass reaktionäre und repressive Inhalte in Deutschland anchlussfähig sind.

Auf einer Protestkundgebung gegen den Landesparteitag der Hamburger AfD am 4.10. sowie auf einer Veranstaltung der GEW Hamburg am 6.10. wurde die Gefahr einer erstarkenden AfD bereits diskutiert und öffentlich gemacht. Im anstehenden Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl im Februar wird die AfD versuchen, im Stadtbild durch Infotische und Ähnliches eine hohe Präsenz zu zeigen. Dagegen gilt es klare Kante zu zeigen:

Kein Raum für marktradikale, nationalistische und rassistische Positionen!

Weder in der Schule, in der Uni, am Stammtisch noch auf der Straße!

TOBIAS WOLLBORN



Im Deutschland-Bild der AfD gibt es keinen Raum für menschliche Nöte und Hoffnungen

Solidarität gegen Konkurrenzdenken

Redebeitrag der GEW-Studis auf der Kundgebung gegen den Landesparteitag der AfD-Hamburg am 4.10.2014

Wir sind heute hier, um der Alternative für Deutschland ihren Landesparteitag zu vermie-sen. Wir sind hier, weil es für uns unerträglich ist, dass die AfD ihre in vielfacher Weise diskriminierenden Positionen öffentlich vertreten kann. Das wollen und können wir nicht hinnehmen.

Die AfD vertritt einen Marktradikalismus, wie er sonst in der deutschen Parteienland-schaft selten gesehen wird. Das Vorhaben, die Deutsche Wirtschaft durch den Abbau von Arbeitnehmer_innenrechten wie z.B. die Reduzierung von Urlaubstagen zu stärken, ist eine Forderung, welche in Anbetracht der Lebensrealität der Lohnarbeitenden nur als lächerlich empfunden werden kann.

Eine Logik, Menschen nach ihrer Verwert-barkeit für den deutschen Arbeitsmarkt und Standort Deutschland einteilt, ist für uns nicht hinnehmbar.

Mit ihrer vermeintlichen Kritik der so-ge-nannten Armutsmigration aus osteuropäischen Staaten seit der Abschaffung der Visa-Pflicht und die damit verbundene Sorge, die deut-schen Sozialsysteme würden überlaufen, zielt die AfD auf einen Rassismus der Mitte und auf antiromaistische Positionen, welche gerade in den letzten Monaten erschreckenden Zuwachs gewonnen haben und unbedingt bekämpft werden müssen!

Als Studierendengruppe der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft sehen wir uns solidarisch mit den Betroffenen von Lohnarbeit und positionieren uns gegen das gegenseitige Unterbieten von Arbeitsstandards und Konkurrenzdenken. Uns geht es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen, sowie um die Gewinnung der Verfügung über die ei-genen Lebensbedingungen. Dies schließt für uns auch standortnationalistische Positionen, wie sie häufig auch in Gewerkschaften zu fin-den sind, aus. Entschieden lehnen wir auch das Verhalten des DGB in Berlin ab, der am Donnerstag das von Refugees besetzte Ge-

werkschaftshaus räumen ließ. Wir erwarten Solidarität und einen gemeinsamen Kampf, wie ihn die Besetzer_innen fordern und nicht ein gegeneinander Ausspielen von entgegenge-setzt konstruierten Interessen, wie es auch in gewerkschaftlichen Diskussionen immer wieder vorkommt.

Die Verbesserung der Lebensverhältnisse al-ler heißt für uns, sich nicht mit grassierenden rassistischen, antiromaistischen und nationa-listischen Ideen im Alltag abzufinden, sondern sie in der Schule, in der Uni, im Betrieb, wie auch in der Gewerkschaft und in den eigenen Köpfen zu erkennen, zu benennen und abzu-bauen. Es heißt Kritik zu üben und nicht ta-tenlos hinzunehmen, dass Personen wie Bernd Lucke, Thomas Straubhaar oder Jörn Kruse ungehindert und unkritisiert an Universitäten lehren können.

Es heißt für uns darüber hinaus antifaschisti-sche und rassistuskritische Bildungsräume zu schaffen, z.B. in Form von Seminaren und Ver-anstaltungen, in denen eine dahingehende kri-tische Auseinandersetzung mit den herrschen-den Verhältnissen stattfinden kann, wie z.B. die Veranstaltungsreihe „Neue Rechte oder alter Konservatismus? Von Tradition und Heimat, von Nationalismus und Rassismus 2.0“, wel-che im kommenden Semester an der Uni Ham-burg stattfinden wird. Und es heißt außerdem die antirassistischen Kämpfe und Widerstände von Geflüchteten, Migrant_innen und People of Color zu unterstützen – mit Wort, Tat und Geld!

GESA MÜLLER,
RONJA HEINELT,
TOBIAS WOLLBORN,
JAN KOLBOW

